

Executive Summary

Ladeinfrastruktur in der Kommune aufbauen

Ein Leitfaden für die Optimierung und Beschleunigung von Genehmigungsprozessen

Welche Herausforderungen tauchen bei der Genehmigung von Ladeinfrastruktur auf?

Die Kommunen sind sowohl als Planungs- als auch als Genehmigungsbehörden für den zügigen Ausbau der Ladeinfrastruktur wichtig. Dementsprechend sind sie bei dem im neuen „Deutschlandtempo“ erforderlichen Ausbau fast aller derzeit dringend und gleichzeitig zu realisierenden Bau- und Infrastrukturvorhaben in unterschiedlicher Weise gefordert. Dazu gehören unter anderem die Flächenausweisung für den Ausbau erneuerbarer Energien im Rahmen der Baulandmobilisierung, die Genehmigung von Bauvorhaben (Neubau, Umbau oder Instandhaltung), die Vertretung öffentlicher Interessen und die Beteiligung an Planfeststellungsverfahren für überörtliche Projekte, etwa den Ausbau des Übertragungsnetzes oder die Sanierung maroder Autobahnbrücken. Hinzu kommt außerdem ein stetig komplexer werdender Rechtsrahmen (Immissionsschutz, Brandschutz, Arten- und Naturschutz usw.) sowie ein Fachkräftemangel dort, wo es gerade auf spezialisierte Expertise ankommt.

Sowohl für kommunale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch für Betreiber von Ladeinfrastruktur definiert dieser Leitfaden einen **bundesweit einheitlichen, ganzheitlichen und nachvollziehbaren Genehmigungsprozess für den Ausbau von Ladeinfrastruktur entlang der Planungs-, Genehmigungs-, Errichtungs- und Betriebsphase**. Die einzelnen Prozessschritte werden dabei – von standortbezogenen Verträgen über die straßenrechtliche Sondernutzungserlaubnis, etwaige Baugenehmigungen und einzubeziehende Ämter – in eigenständigen Kapiteln dargelegt.

Der Leitfaden umfasst praxisnahe Handlungshilfen, Checklisten und Best-Practice-Beispiele, die aufzeigen, wie kommunale Genehmigungsverfahren effizienter gestaltet werden können. Die hier vermittelten Inhalte können direkt auf die jeweilige Kommune übertragen und angewendet werden. Damit ist der Leitfaden ein Kompass, der Kommunen befähigt, die erforderlichen Genehmigungsprozesse für den Ladeinfrastrukturausbau im öffentlichen und halb-öffentlichen Raum in Eigenregie zu beschleunigen.

Was der Leitfaden leistet:

1. Wie läuft die Umsetzung eines Ladeinfrastrukturausbauprojekts ab?
2. Welche Optimierungspotenziale eröffnen sich in den Planungs- und Genehmigungsprozessen?
3. Welche landesrechtlichen Gemeinsamkeiten und Unterschiede existieren innerhalb des maßgeblichen Rechtsrahmens?
4. Wie lassen sich Unterlagen schnell und effizient auf Vollständigkeit und Plausibilität überprüfen?
5. Welche Informations- und Abstimmungsroutrinen bewähren sich bereits heute in der Praxis?

1. Wie läuft die Umsetzung eines Ladeinfrastrukturausbauprojekts ab?



Die Umsetzung eines Ladeinfrastrukturausbauprojekts beginnt in der Regel mit einer gründlichen Standortanalyse, um die geeigneten Orte für Ladestationen zu identifizieren. Anschließend folgt die technische Planung, bei der Aspekte wie die Anzahl der Ladepunkte, die Ladeleistung und die Integration von erneuerbaren Energien berücksichtigt werden. Es erfolgt der Genehmigungsprozess. Für öffentliche Flächen sind Baugenehmigungen durch den Erlass einer straßenrechtlichen Sondernutzungserlaubnis nicht verpflichtend. Auf privaten, aber öffentlich zugänglichen Flächen ist die Genehmigungspflicht aber nur in 11 Bundesländern verfahrensfrei.

Die Landesbauordnungen und Bauvorlagenverordnungen geben eine gute Verfahrensstruktur vor, wobei aber sowohl auf Seiten der Kommune als auch der Antragstellerin oder des Antragstellers verschiedene Verzögerungsquellen bestehen können, die im Vorfeld überprüfbar und beeinflussbar sind.

Sobald die Genehmigungen vorliegen, wird mit dem Bau der Ladestationen begonnen. Auch hierbei hat der Vorhabenträger bestimmte rechtliche Vorgaben zu beachten und muss unter Umständen begleitende Erlaubnisse oder Anordnungen vor Beginn beantragen, z.B. Baustellenregelungen nach Landesbauordnungen, eine Aufbruchgenehmigung (Sondernutzungserlaubnis) oder eine Anordnung zur Beschilderung für Bauarbeiten.

Nach Abschluss der Bauarbeiten erfolgt die Inbetriebnahme, gefolgt von regelmäßigen Wartungs- und Servicearbeiten, um einen reibungslosen Betrieb sicherzustellen. Während des gesamten Prozesses ist eine enge Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren wie Projektentwicklern, Behörden, Energieversorgern und potenziellen Betreibern entscheidend.

2. Welche Optimierungspotenziale eröffnen sich in den Planungs- und Genehmigungsprozessen?

In den Planungs- und Genehmigungsprozessen für den Ausbau der Ladeinfrastruktur ergeben sich gemäß dem Leitfaden verschiedene Optimierungspotenziale. Ein entscheidender Punkt ist die frühzeitige Einbindung aller relevanten Akteure wie Kommunen, Netzbetreiber und Energieversorger, um Synergien zu nutzen und mögliche Konflikte bereits in der Planungsphase zu identifizieren und zu lösen. Durch eine umfassende Standortanalyse können optimale Standorte für Ladestationen identifiziert werden, die die Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer am besten erfüllen und zugleich infrastrukturelle Anforderungen berücksichtigen.

Weiterhin sollten Prozesse vereinfacht und beschleunigt werden, beispielsweise durch standardisierte Genehmigungsverfahren und die Nutzung digitaler Technologien für die Antragsstellung und Kommunikation zwischen den Beteiligten. Eine klare rechtliche Rahmenbedingung, die auch die Eigentumsverhältnisse und Zugangsrechte berücksichtigt, ist von entscheidender Bedeutung, um die Planungs- und Genehmigungsprozesse zu optimieren.

3. Welche landesrechtlichen Gemeinsamkeiten und Unterschiede existieren innerhalb des maßgeblichen Rechtsrahmens?

Der Leitfaden verdeutlicht landesrechtliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Rechtsrahmen und zeigt auf, wie ähnliche Ziele durch verschiedene regionale Gesetze und Vorschriften realisiert werden

können. Eine harmonisierte Herangehensweise ist zur Effizienzsteigerung in Genehmigungsverfahren notwendig. Gleichzeitig müssen die regionalen Besonderheiten im Blick behalten werden, die bei der Umsetzung zu berücksichtigen sind.

Auf Länderebene sind die Rahmenbedingungen für Genehmigungsprozesse vielfältig, wobei sowohl gemeinsame Grundprinzipien als auch spezifische regionale Anforderungen zu betrachten sind. Zum Beispiel können unterschiedliche Länder ähnliche Ziele mit variierenden Methoden und Vorschriften verfolgen, was auf die regionale Autonomie und die Anpassung an lokale Gegebenheiten zurückzuführen ist. Hinzu kommen länderspezifische Unterschiede in den Zuständigkeiten und Bezeichnungen der Verwaltungsstrukturen, die es zu berücksichtigen gilt. Die Zusammenführung dieser Erkenntnisse bietet eine Basis für die Standardisierung von Verfahren und betont die Relevanz eines einheitlichen Ansatzes, um die Effizienz zu steigern und regionale Unterschiede sinnvoll zu berücksichtigen.

4. Wie lassen sich Unterlagen effizient auf Vollständigkeit und Plausibilität überprüfen?

Hier helfen standardisierte Checklisten und Vorlagen. Beispielsweise sind auf den Webseiten der zuständigen Verwaltungseinheiten die genauen Anforderungen an einzureichende Unterlagen für die Beantragung einer Sondernutzungserlaubnis detailliert aufgeführt. Zudem können digitale Werkzeuge wie Dokumentenmanagementsysteme und Analyseprogramme eingesetzt werden, um den Prozess zu automatisieren und Fehler zu minimieren. Regelmäßige Schulungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit der Überprüfung von Unterlagen betraut sind, tragen ebenfalls dazu bei, die Effizienz und Genauigkeit des Überprüfungsprozesses zu verbessern.

5. Welche Informations- und Abstimmungsroutinen bewähren sich bereits heute in der Praxis?

In der Praxis haben sich verschiedene Informations- und Abstimmungsroutinen bewährt. Dazu gehören unter anderem:

- **regelmäßige Meetings zwischen Projektbeteiligten,**
- **klare Kommunikationswege und Zuständigkeiten,**
- **die Nutzung digitaler Kollaborationstools** und
- **die Einrichtung von Arbeitsgruppen oder Plattformen zur gemeinsamen Entscheidungsfindung.**

Darüber hinaus schaffen Informationsveranstaltungen für die lokale Öffentlichkeit Transparenz und fördern das Verständnis für die - auch überregionale - Bedeutung des Ladeinfrastrukturausbaus vor Ort. Ideal ist, die Zusammenarbeit in enger Abstimmung zwischen allen beteiligten Akteuren zu gestalten, auch mit einer gemeinsamen Begehung der Standorte, um so z.B. konkrete Hemmnisse vor Ort frühzeitig zu erkennen oder alternative Standorte zu finden.

Den vollständigen Leitfaden finden Sie [hier](#).

Impressum

**Im Auftrag des Bundesministeriums
für Digitales und Verkehr (BMDV)**

Invalidenstraße 44

10115 Berlin

Herausgeber

NOW GmbH

Fasanenstraße 5

10623 Berlin

Kontakt

ladeinfrastruktur@now-gmbh.de

Stand 07/2024

Zitierhinweis

NOW GmbH (Hrsg.) (2024): Executive Summary: Ladeinfrastruktur
in der Kommune aufbauen. Ein Leitfaden für die Optimierung und
Beschleunigung von Genehmigungsprozessen.

Website: www.nationale-leitstelle.de